

„Wir verdienen mehr“

Eine Gesprächsrunde, moderiert von Michael Eibl, Direktor der KJF, hat dem Publikum manche Einsicht beschert:

Elisabeth Kienel, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte, hatte ein T-Shirt mit der vielsagenden Aufschrift „Wir verdienen mehr“ dabei. Sie meinte damit, die Entlohnung der Werkstatt-Beschäftigten. Das war ihre Antwort auf die Frage, was sie verändern würde. Außerdem liegt ihr am Herzen, dass bei besserer Entlohnung die Schutzrechte der Menschen mit Behinderung erhalten bleiben. Und sie wünscht sich mehr Bereitschaft von Unternehmen, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen.

Mario Schreder, Leiter der Dienstleistersteuerung BMW Ersatzteilverpackung, versicherte die vollste Zufriedenheit des Automobilherstellers mit der Leistung der Werkstattmitarbeiter bereits seit 1986.

OB Markus Pannermayr bestätigte Eibl, dass der Stadtrat einstimmig dem Sponsoring zweier Außenarbeitsplätze für zwei junge Frauen mit Behinderung in Straubinger Kitas zugestimmt habe. Trotz Erfolgs wäre keine finanzielle Weiterförderung möglich gewesen. Ein Manko im System. Menschlich gehe es dabei um viel, finanziell um gar keine so große Summe, so der OB. Landrat Josef Laumer versicherte, bei Aufträgen der Kliniken in Mallersdorf

und Bogen sowie überhaupt die Möglichkeit im Auge zu haben, ob Werkstätten oder Inklusionsbetriebe dafür in Frage kämen. MdB Alois Rainer (CSU) versicherte, er stehe an der Seite der Werkstätten, dass die Ausgleichsabgabenreform, ein Aktionsplan der Bundesregierung, nicht zu deren Lasten gehen dürfe. Über die Entlohnung der Mitarbeiter müsse man reden, räumte er ein, das sei aber eine komplexe Frage. Wenn mehr Lohn den Menschen mit Behinderung bei Sozialleistungen wieder abgezogen werde, hätten sie unterm Strich keinen Mehrwert. Er jedenfalls ist überzeugt, „eine Arbeitswelt ohne Werkstätten geht nicht“. Nicht jeder sei für den ersten Arbeitsmarkt geeignet.

Der Zusppruch tue gut, befand Evi Feldmeier, Geschäftsführerin der KJF-Werkstätten gemeinnützige GmbH. „Wir brauchen passgenaue Arbeitsplätze je nach Eignung und Neigung der Menschen mit Behinderung. Auf dem ersten Arbeitsmarkt könne man damit Fachkräfte von Routinetätigkeiten entlasten und so Potential freisetzen. Ihr großer Wunsch: Eine Gruppe sei derzeit ausgegrenzt, das sei unerträglich: Menschen mit erhöhtem Förderbedarf, sprich schwerem Handicap. Im Gesetz heiße es, die Entlohnung werde bemessen am Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeit. Dabei könne mit Assistenz jeder Mensch etwas beitragen zur Gesellschaft. -mon-